Anlage 24 zur GRDrs 884/2019

**Stellenschaffung**

**zum Stellenplan 2020**

| Org.-Einheit,Kostenstelle | Amt | BesGr.oderEG | Funktions-bezeichnung | AnzahlderStellen | Stellen-vermerk | durchschnittl.jährl. kosten-wirksamer Aufwand in Euro |
| --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- |
| 30206100 | Rechtsamt | A 15 | Jurist/-in | 1,0 | - | 147.300 |

# 1 Antrag, Stellenausstattung

Beantragt wird die Schaffung einer 1,0 Stelle (Bes.-Gr. A 15) für die rechtliche Betreuung der Bauverwaltungen und die Vertretung der Stadt vor Gericht.

# 2 Schaffungskriterien

Es konnte eine Arbeitsvermehrung im Umfang einer 1,0 Stelle rechnerisch nachgewiesen werden.

# 3 Bedarf

## 3.1 Anlass

Neue Rechtsvorschriften:

Das zum 1.1.2018 neu in Kraft getretene Bauvertragsrecht hat im Vergleich zur vorher gültigen VOB/B an vielen Stellen die Verständigung der Vertragsparteien an Stelle einseitiger Änderungsbefugnisse des Auftraggebers gebracht. Damit steigt der Verhandlungsaufwand für die Stadt und infolge dessen auch der Aufwand an Rechtsberatung um geschätzt 25 % im Vergleich zur rechtlichen Begleitung der Durchführung von Bauvorhaben nach altem Rechtsstand. Die neue Unterschwellenvergabeordnung ist zu den bisher im Baubereich zu beachtenden Rechtsvorschriften, die weiterhin Geltung behalten, hinzugekommen. Sie hat neue regulatorische Anforderungen an die Auftragsvergabe im Unterschwellenbereich gebracht, die neue Rechtsfragen aufwerfen und den Beratungsaufwand erhöhen.

Arbeitsvermehrung:

Die Betreuung des Hochbauamts nahm Anfang 2016 eine 0,8 Stelle in Anspruch. Die neu eingehenden Fälle mit anwaltlicher und gerichtlicher Beteiligung aus dem Bereich des Hochbauamts haben sich folgendermaßen entwickelt:

2016: 21 neue Fälle

2017: 35 neue Fälle, entspricht einer Zunahme von 67 Prozent zu 2016

2018: 40 neue Fälle, entspricht einer Zunahme von 90 Prozent zu 2016

Hinzu kommt die außergerichtliche interne Rechtsberatung für den Amtsleiter des Hochbauamts und das Referat T.

Auch Großvorhaben des Tiefbaus, wie der Leuze Tunnel, binden umfangreiche Ressourcen des Rechtsamts.

## 3.2 Bisherige Aufgabenwahrnehmung

Im gesamten Rechtsamt stehen 4,25 Stellen für Juristen/Juristinnen (inkl. Leitung) zur Verfügung.

## 3.3 Auswirkungen bei Ablehnung der Stellenschaffungen

Bei Verzicht auf die Stellenschaffung wird weiterhin ein steigender Aufwand für externe Rechtsberatung anfallen. Zudem ist davon auszugehen, dass durch verzögerte oder unterlassene rechtliche Beratung Ansprüche der Stadt nicht effektiv verfolgt werden können, was zu Einnahmeausfällen führt.

# Vermerke

keine